

Noch einmal: Presse und Tag der Exportkontrolle

Im „Neuen Weg“ Nr. 25/59 wurde von der Presseabteilung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel die Tätigkeit der Presseorgane kritisiert. Über ähnliche Erfahrungen der ungenügenden Unterstützung durch die Presse können auch wir, von der Staatlichen Kontrolle Berlin, berichten.

Auf Grund des Beschlusses des Bundesvorstandes des FDGB, die Tage der Exportkontrolle unter breiterer Einbeziehung der Werktätigen vorzubereiten und durchzuführen, fand z. B. Ende August 1959 eine gemeinsame Beratung zwischen Vertretern des Bundesvorstandes des FDGB, der Bezirksleitung der FDJ, des Wirtschaftsrates und der Staatlichen Kontrolle Berlin statt. Es wurde festgelegt, die Tage der Exportkontrolle durch die Einbeziehung der Helfer der Staatlichen Kontrolle, der Arbeiterkontrollposten des FDGB und der FDJ-Kontrollposten zu Tagen der Massenkontrolle zu entwickeln. Mit diesen gesellschaftlichen Kontrollorganen aus 14 wichtigen Berliner Betrieben wurde im September 1959 eine Zwischenauswertung durchgeführt, wozu auch Mitarbeiter der „Tribüne“, der „Berliner Zeitung“, der „BZ am Abend“ und des Berliner Rundfunks eingeladen wurden. Es gab aus den 14 Betrieben genug Beispiele, wie Rückstände in der Exportplanerfüllung gemeinsam mit den Werktätigen, ihren gesellschaftlichen Kontrollorganen, den Betriebsleitungen, Mitarbeitern der staatlichen Verwaltungen und des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel beseitigt werden konnten.

Trotz positiver Zusagen — insbesondere seitens der Mitarbeiter der „Tribüne“, die sich doch besonders für die Durchsetzung des Beschlusses des * FDGB-Bundesvorstandes hätten interessieren müssen — war aber kein Vertreter der eingeladenen Publikationsorgane erschienen, obwohl eine Menge Erfahrungen Vorlagen, die durch die Presse hätten verallgemeinert werden können. Die Presse hätte zeigen können, wie die Werktätigen die Kontrolle in die eigenen Hände nehmen.

Trotzdem ließen wir uns nicht entmutigen und kämpften weiter um gute Zusammenarbeit mit der Presse. Wir

vereinbarten mit dem stellvertretenden Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, den Chefredakteuren der „BZ am Abend“ und des Berliner Rundfunks, daß monatlich mit Mitarbeitern dieser Organe gemeinsame Beratungen durchgeführt werden. Diese Beratungen dienen seitdem der gegenseitigen Orientierung und Festlegung, wie bestimmte Kontrollaufgaben in kollektiver Zusammenarbeit mit Journalisten, Volkskorrespondenten und Helfern der Staatlichen Kontrolle durchgeführt werden sollen. Weiter wird festgelegt, welche Ergebnisse geeignet sind, publizistisch verallgemeinert zu werden. So wurden bereits im Januar 1960 vom Berliner Rundfunk in mehreren Sendungen Ergebnisse der Staatlichen Kontrolle mitverarbeitet, wie z. B. in der Sendereihe „10.40 Uhr Alexanderplatz“ über Fragen der Verbesserung der Versorgung unserer Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen sowie mit alkoholfreien Getränken. Mit dem Leiter der Wirtschaftsredaktion der „BZ am Abend“ wurden Termine für Veröffentlichungen vereinbart, die sich aus Kontrollen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues im I. Quartal 1960 ergeben werden.

Fest steht, daß sich durch diese Zusammenarbeit mit der Presse die Massenwirksamkeit und die erzieherische Funktion der Kontrolle wesentlich erhöhen.

Werner Ehmke

Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle
Groß-Berlin

Anmerkung der Redaktion:

Obwohl der Artikel „Presse und Tag der Exportkontrolle“ von der Pressestelle des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel bereits im Dezemberheft Nummer 25159 des „Neuen Weg“ veröffentlicht wurde, hat bis heute weder „Neues Deutschland“ noch die „Tribüne“ auf die im Artikel geübte Kritik reagiert. Wir hoffen, daß uns die Leitungen der Parteiorganisationen dieser beiden Presseorgane, von denen wir annehmen, daß sie die Kritik bemerkt haben, bald eine Erklärung für ihr Verhalten geben bzw. eine Antwort auf die Kritik veranlassen.

Die Redaktion